



Resolution

der großen Tarifkommission der Metall- und Elektroindustrie mit den Tarifgebieten Niedersachsen, Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim und Sachsen-Anhalt

Die Tarifverhandlungen der Metall- und Elektroindustrie im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben in den bisherigen Verhandlungsrunden keine Fortschritte gebracht. Die durchgehende Verweigerungshaltung der Arbeitgeber grenzt an Arbeitsverweigerung. Statt Lösungen zu präsentieren, wie die Beschäftigten mit den stetig steigenden Preisen zurecht kommen sollen, stehlen sich die Arbeitgeberverbände und ihre Mitgliedsunternehmen aus der Verantwortung.

Viele Unternehmen können die Kostensteigerungen an ihre Kunden weitergeben. Jetzt muss es um Lösungen für die Beschäftigten gehen. Die Forderung nach einer Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 8 Prozent ist bekannt, bezahlbar und gerechtfertigt. Die große Tarifkommission (gTK) wird es daher nicht weiter akzeptieren, die Verhandlungen weiterhin auf die lange Bank zu schieben.

Aus diesem Grund haben die IG Metall Aktiven in den Mitgliedsbetrieben und die Tarifkommissionen alle Maßnahmen getroffen, um Aktionen und Warnstreiks durchzuführen. Weitere Arbeitskämpfmaßnahmen werden vorbereitet – wenn nötig bis hin zu Urabstimmung und Streik.

Solange die Tarifbewegung nicht durch eine zufriedenstellende Lösung beendet wird, können keine weiteren betrieblichen Abweichungen von Flächentarifverträgen vereinbart werden.

Mit Blick auf einen verantwortungsvollen Schutz der Beschäftigten im Betrieb stellen wir fest, dass die Belastung seit Ausbruch der Pandemie wesentlich größer geworden ist als unter normalen Umständen. Jede Ausweitung der Arbeitszeit führt zu einer weiteren Erhöhung der Belastung. Die emotionale Belastung der Beschäftigten steigt ebenfalls durch das Schüren von Sorgen und Ängsten durch die Arbeitgeber.

Diesen Umständen tragen wir Rechnung, indem wir einer Ausweitung der Arbeitszeit beispielsweise durch Mehrarbeit und Sonderschichten grundsätzlich nicht, beziehungsweise nur sehr restriktiv, genehmigen werden.

Wir fordern die Arbeitgeberverbände und ihre Mitgliedsbetriebe mit Nachdruck auf die Tarifrunde konstruktiv am Verhandlungstisch zu lösen.

Hannover, 26. Oktober 2022